

(A) (Präsidentin Friebe)

Ich rufe Anlage 4 zur Drucksache 11/1416 auf, Stichwort: **Soziokulturelle Zentren**. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe jetzt Anlage 5 der Drucksache - Kapitel 05 830 - auf, Stichwort: **Theater "Der Keller"** in Köln. Hier ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Herr Dr. Vesper, Sie haben das Wort, aber nur zum Verfahren. Am besten wäre es, wenn Sie auf die namentliche Abstimmung verzichten würden.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Gesprächen mit Herrn Kultusminister Schwier ist für uns eine gewissen Bewegung in diesem Punkt erkennbar geworden.

Vizepräsidentin Friebe: Sie dürfen nicht zur Sache sprechen.

(B) Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Nein, ich spreche nicht zum Antrag. Wir möchten das Haus jetzt nicht mit einer namentlichen Abstimmung zu diesem Punkt belasten. Wir stellen daher unseren Antrag zurück und werden ihn gegebenenfalls als inhaltlichen Antrag in die Aprilsitzung des Landtags einbringen.

(Beifall)

Präsidentin Friebe: Der Antrag ist zurückgezogen.

So kommen wir jetzt zur Abstimmung über die **Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/1105**. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Dann stelle ich fest, daß die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU, der F.D.P. und der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen worden ist.

Ich rufe Nummer 4 auf:

(C)

### Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft und Forschung.

Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 11/1106

Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/1417

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/1418

Die Änderungsanträge werden in die Beratung einbezogen. Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Posdorf.

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Beim Haushaltsplanentwurf 1991 für den Wissenschaftshaushalt der Landesregierung stellt sich die Frage: Was ist das eigentlich? Das ist eine Frage, die sich nicht nur dem kritischen Leser, sondern auch den Abgeordneten, die sich damit zu beschäftigen haben, selbstverständlich stellt. Eigentlich meint man, daß ein Haushalt in Zahlen gegossene Politik sein soll. Aber wenn das für diesen Haushaltsplanentwurf der Landesregierung auch gilt, dann kann ich ihn nur als erschreckendes Dokument der vollständigen Hilflosigkeit dieser Landesregierung vor den drängendsten und dringenden Problemen unserer Hochschulen im Lande bezeichnen, ein Dokument der Hilflosigkeit und des Vorbeiredens an der Wirklichkeit, das insgesamt alle Märchen aus 1001 Nacht zusammen als eine handfeste Beschreibung der Realität erscheinen läßt. (D)

Dieser Haushalt baut auf einer Scheinwelt auf. Ignoriert wird vollkommen, daß sich die Studentenzahlen von 1980 bis 1991 von 313 000 auf 482 000 entwickelt haben, also um 54 % gestiegen sind. Ignoriert wird in diesem Haushalt auch, daß bei nahezu allen Hochschulen, und insbesondere den Fachhochschulen, der räumliche Ausbau nicht einmal das erreicht hat, was studienplatzzielzahlmäßig hätte erreicht werden müssen. Das heißt mit anderen Worten: Die Überlast an unseren Hochschulen, die die

(A) (Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU])

Hundertprozentgrenze weit überschritten hat, wird von dieser Landesregierung kaltlächelnd und kalt-schnäuzig festgeschrieben und zur Normallast deklariert. Das ist ein hanebüchener Unsinn, wenn man daran denkt, welche vielfältigen Aufgaben unsere Hochschulen auch für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung unseres Landes zusätzlich aufgebürdet bekommen haben.

Große Reden werden von der Ministerin und von der Landesregierung geschwungen, wenn es darum geht, die Forschung in unserem Lande, bei der es - nicht wegen dieser Landesregierung, sondern glücklicherweise trotz dieser Landesregierung - noch nicht zu erkennbaren Qualitätseinbußen gekommen ist, zu beschreiben. Was tut diese Landesregierung eigentlich dafür? Von 1980 an haben sich beispielsweise die Gesamtmittel für projektbezogene Forschungsförderung drastisch nach unten entwickelt. Ganz konkret gesprochen: Sie haben um 16 % abgenommen, obwohl die Studentenzahlen in diesem Zeitraum um 54 % zugenommen haben.

Ein gleiches Bild ergibt sich auch bei der Titelgruppe 94 - Forschung und Lehre -, der einzigen Titelgruppe, die den Hochschulen im Grunde genommen noch eine gewisse Eigenständigkeit nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Verteilung der Mittel zubilligt. Hier ist zwar der Globalbetrag im Vergleich zu 1984 von 124 Millionen DM auf 147 Millionen DM gestiegen; aber auch hier haben wir den gleichen Anstieg der Studentenzahlen, so daß die Nominalausgaben - ich rede jetzt von den Nominalausgaben, nicht um irgendwelche Kaufkraftverluste bereinigt -

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Posdorf, jetzt rufen wir einmal die CDU-Fraktion zur Ordnung; die SPD-Fraktion ist kaum da.

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU): - daß also diese Nominalausgaben 1984 effektiv höher waren, nämlich 314 DM pro Student, während sie jetzt bei 304 DM pro Student liegen. Wenn wir nun noch einen zwanzigprozentigen Kaufkraftverlust in dieser Zeitspanne berechnen, sind wir weit abgeschlagen. Nicht anders sieht es bei den Ausgaben für den Hochschulbereich Bibliotheken und für den immer wichtiger werdenden Bereich der Datenverarbeitung aus.

(C)

Es ist einfach eine Scheinwelt aufgebaut, wenn die Nominalzahlen zugrunde gelegt und nicht in eine vernünftige Relation gesetzt werden, und eine vernünftige Relation ist hier vor allen Dingen die Entwicklung der Studentenzahlen. Wenn das so gemacht wird, ist das für mich unseriös.

Geredet wird von einem außerordentlichen Engagement der Landesregierung für unsere Studenten. Wir haben zum wiederholten Male von einer landeseigenen Studentenförderung gesprochen, und wir wissen auch, warum; denn der prozentuale Anteil der Rückflüsse aus den BAföG-Zahlungen, am Landesanteil gemessen, kann mit Sicherheit für eine sinnvolle weitere Studentenförderung verwendet werden, wird aber lediglich vereinnahmt. Er ist im übrigen von 1980 - da lag er bei 4 % - auf 27 % im Jahre 1991 gestiegen.

Ähnlich sieht es bei den Studentenwerken aus. Wir wissen alle, daß der Sozialbeitrag in den 70er Jahren bei 10 DM gelegen hat, und jetzt liegt er bei 50 DM - ganz locker 500 % mehr!

Vergleichen wir einmal diese Zahlen von 1980 bis 1990, so haben wir auch bei den Sozialbeiträgen in Relation zum Gesamtzuschuß der Landesregierung eine Steigerung von 7 auf 39 %. Mit anderen Worten: Die Studenten finanzieren einen großen Batzen dieser Ausgaben selbst. Also, liebe Landesregierung - ich bin heute einmal nett -: Bewertet eure Leistung in diesem Bereich bitte nicht über!

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Nagel [CDU])

- Herr Kollege Nagel, lassen Sie mich doch auch einmal nett sein!

An dieser Stelle möchte ich auch noch auf ein ganz konkretes Problem hinweisen; das ist das Problem der Kinderonkologie in Köln. Wir von der CDU gehen davon aus - deswegen weise ich ausdrücklich darauf hin, auch wenn wir mit unserem Antrag im Wissenschaftsausschuß abgeschmettert worden sind -, daß dann unser gemeinsam beschlossener Antrag, nämlich die Planungskosten von 100 000 DM einzusetzen, aber auch bedeutet, daß die gezielt für die Onkologie eingesetzt werden. Aus dem Text, der uns vorliegt, ist das nicht genau erkennbar. Ich möchte an dieser Stelle ganz ausdrücklich darauf hinweisen: Es

(A) (Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU])

sind nicht allgemeine Planungskosten für die Kinderklinik, sondern ganz konkret für die Kinderonkologie!

(Beifall bei der CDU)

Jetzt lassen Sie mich noch einige Worte zum Bundesanteil im Wissenschaftshaushalt sagen. Was war eigentlich 1990? Der Einnahmenbereich 1990 lag bei rund 1,3 Milliarden DM. Da kamen 57 % der Gesamteinnahmen vom Bund. Mit anderen Worten: Der Bundesanteil - jetzt am Gesamthaushalt - lag bei 12 % Einnahmen und Ausgaben.

Wie sieht es 1991 aus? Der Bundesanteil an den Einnahmen liegt bei 59 % und der Bundesanteil am Gesamthaushalt, der ja nun fast 7 Milliarden DM umfaßt, liegt bei 13 %. Reden Sie also bitte nicht immer davon, daß Sie den Wissenschaftshaushalt um 9 % gesteigert haben. Diese hohe Steigerungsrate liegt ganz einfach an der hohen Steigerungsrate des Bundesanteils.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Genau so ist es!)

Wenn wir die einmal herausnehmen, liegt sie genau bei schlappen 6,7 %. Und da reden Sie von prioritärer Aufgabe Wissenschaft und Forschung!

(B)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sehr interessant!)

Noch einige Bemerkungen zu den Fachhochschulen, die sich ja verbal von dieser Landesregierung einer großen Förderung erfreuen dürfen. Nun, wie sieht die Realität aus? Die Studentenzahl an den Fachhochschulen ist in den letzten zehn Jahren um gut 100 % gestiegen. Die Studentenzahl - ich wiederhole das jetzt für Nichtmathematiker - hat sich also verdoppelt!

(Heiterkeit bei der CDU)

Und wie sieht die Entwicklung des Anteils der Fachhochschulen am Gesamthaushalt aus? 1987: 20 % aller Studenten an Fachhochschulen; Anteil am Gesamthaushalt: 7 %. 1988: 20 % aller Studenten an Fachhochschulen; Anteil am Gesamthaushalt: 7 %. 1989: 21 % aller Studenten an Fachhochschulen; Anteil am Gesamthaushalt: 7 %. 1990 - ich glaube,

(C)

Sie können es jetzt fast raten -: 21 % aller Studenten an Fachhochschulen; Anteil am Gesamthaushalt:

(Abgeordneter Hardt [CDU]: 7 %!)

- 7 %, richtig! Und wie sieht es 1991 aus? 20 % aller Studenten an Fachhochschulen; Anteil am Gesamthaushalt:

(Zahlreiche Zurufe von der CDU: 7 %!)

- 7 %, ganz hervorragend!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Da frage ich Sie ganz einfach: Wo ist denn Ihre besondere Förderung der Fachhochschulen? Ich kann sie nirgendwo erkennen, und diese Zahlen sprechen auch dagegen.

(Zuruf von der CDU)

- Das ist ja immer das Problem mit dem Nicht-rechnen-Können. Deswegen habe ich das ja auch so eindringlich und ausführlich auf Elementar begriffe in der Mathematik zurückgeführt. Jedenfalls: Derartige Behauptungen sind einfach schlichtweg falsch!

(D)

Von daher gesehen ist es mir unverständlich, daß Sie unseren Antrag, eine landeseigene Fachhochschulinitiative zu starten, die gerade den besonders brisanten Bereich der fachpraktischen Mitarbeiter berührt - und da ist es ganz dringend erforderlich, daß wir eine Verbesserung herbeiführen -, ganz einfach ablehnen. Diese 30 Millionen DM, die wir eingesetzt haben, sind nach gründlichen Recherchen dringendst notwendig, um die schlimmsten Löcher in der Betreuungrelation Lehrende zu Studenten zu stopfen,

(Beifall bei der CDU)

da sie ja praxisnah ausgebildet werden sollen.

Frau Brunn - auch wenn der eine oder andere das nicht glaubt -: Ich bin ein netter Mensch; ich bin wirklich ein netter Mensch. Und weil ich das Ganze jetzt einmal durch die nette Brille sehe, möchte ich es einmal ganz positiv formulieren: Ich glaube, daß Sie wohl wollen wollen, wenn Sie können könnten, aber,

(A) (Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU])

wie es aussieht, nicht können können, was Sie wollen wollen. So muß doch die Frage gestattet sein, ob Sie dann am richtigen Platze sind. Denn auf diesen Platz gehört jemand, der können kann und nicht nur können will.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Und der dürfen darf?)

- Der dürfen darf! Das ist noch viel besser. Die Idee ist so gut, Herr Kollege Schultz-Tornau, daß sie von mir sein könnte.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Von daher gesehen, Frau Brunn, glaube ich fast, daß Sie im klassisch griechischen Sinne als tragisch zu bezeichnen sind,

(Heiterkeit bei der CDU)

wirklich im klassischen Sinne! Jeder kennt Antigone von Sophokles. Antigone machte sich, egal, wie sie sich auch entschied, schuldig: Begrub sie ihren Vater, machte sie sich nach Kreons Gesetz schuldig; begrub sie ihren Vater nicht, machte sie sich in bezug auf die Gesetze der Götter schuldig. Bei Ihnen sieht das meiner Ansicht nach jetzt so aus: Handeln Sie nach Ihrem Willen - Sie merken, wie positiv ich das Ganze sehe -, den Sie ja nicht durchsetzen können, dann machen Sie sich gegenüber Schleußers Gesetz schuldig. Handeln Sie aber nach Schleußers Gesetz, dann machen Sie sich gegenüber den Hochschulen schuldig. Und das ist tragisch im klassisch griechischen Sinne!

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das Schlimme an der Sache, meine Damen und Herren, ist nur, daß unsere Hochschulen und damit unsere jungen Menschen, die unsere Ressourcen, unsere Zukunft sind, dieses Problem auszubaden haben. Deswegen lehnen wir den Haushaltsentwurf der Landesregierung ab.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Abgeordneter Nagel [CDU]: Zugabe!)

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich bitte jetzt Herrn Abgeordneten Apostel, für die SPD-Fraktion das Wort zu ergreifen.

Abgeordneter Apostel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Professor Posdorf, Sie haben ja mehrfach hier betont, daß Sie ein netter Mensch sind. Wer käme auf die Idee, daß das nicht so wäre?

(Beifall bei der CDU)

Von daher wollen wir die Art und Weise, wie Sie die schwierige Situation der Wissenschaftsministerin hier ein bißchen glossieren, unkommentiert lassen. Das muß man einfach einmal so hinnehmen.

(Zurufe von der CDU)

Sie wollen ja wohl nicht ernsthaft glauben, daß eine solche Darstellung angesichts der ernsten Lage, die wir mit unseren Finanzen haben, sinnvoll wäre. Wir haben im Wissenschaftshaushalt 570 Millionen DM, die mehr ausgegeben werden als im Vorjahr. Jetzt kann man darüber nachdenken und fragen: Ist das viel, ist das zuviel oder ist das zuwenig? Die SPD-Fraktion - damit haben wir uns auch in der Beratung des Wissenschaftsausschusses auseinandergesetzt - ist schon der Auffassung, daß es einen ganzen Haufen von Stellen gibt, wo wünschbare Verbesserungen möglich wären. Deswegen halten wir auch die Anträge, die sowohl die CDU als auch die F.D.P. als auch die GRÜNEN vorgebracht haben, nicht prinzipiell für falsch, auch wenn wir sie heute ablehnen. Denn die derzeitige Beratungsgrundlage ist Ausdruck unserer Disziplin, uns mit der gegebenen Haushaltssituation abzufinden. Wenn man die nämlich schon nicht ändern kann, muß man sich mit der Situation arrangieren, Herr Kollege Posdorf.

(D)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sie könnten es ändern!)

Sie haben hier mehrfach vom Bundesanteil im Wissenschaftshaushalt gesprochen und wollten damit wohl zum Ausdruck bringen, daß das Land Nordrhein-Westfalen nicht mehr in der Lage wäre, die Bildungs-

(A) (Abgeordneter Apostel [SPD])

ausgaben sinnvoll zu finanzieren und daß der Bund hier hilfswise einspringen muß.

(Beifall bei der CDU)

Nun stellen wir aber fest, daß die Sonderprogramme I und II nicht nur zwischen dem Bund und Nordrhein-Westfalen, sondern zwischen allen Bundesländern abgeschlossen worden sind. Von daher muß man sich wohl auch einmal auf den Standpunkt stellen, daß es auch ein Ausfluß der Finanzpolitik sein kann, daß man praktisch heute für jeden Bereich, der nicht mehr finanzierbar ist, mit Hilfe des Bundes Sonderprogramme machen muß. Das wäre gar nicht nötig, wenn das Land Nordrhein-Westfalen in angemessener Weise mit Geld ausgestattet wäre.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Ja, auch wenn Ihnen das nicht gerne in den Ohren klingt: Ich werde es nicht versäumen, hier auch noch einmal darauf hinzuweisen.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Sie können doch gar nicht damit umgehen. - Weiterer Zuruf von der CDU)

(B) - Ich verstehe das nicht, was da so im einzelnen zwischengerufen wird. Deswegen bitte ich um Verständnis, wenn ich darauf nicht eingehen kann.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Er hört auch nicht.)

- Außerdem noch: Hören tue ich es auch nicht; nicht nur nicht verstehen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Apostel, lassen sie eine Zwischenfrage zu? - Bitte schön, Herr Kollege Paus!

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU): Ich wollte meinen Zwischenruf übersetzen. Ich wollte Sie bitten, diese Mangelversorgung des Bundes kurz vorzurechnen, weil uns das nicht überzeugt hat.

(C)

Abgeordneter Apostel (SPD): Diese Vorrechnung machen wir bei Gelegenheit.

(Lachen bei der CDU)

Nein, die machen wir wirklich bei Gelegenheit einmal. Ich mache da einmal eine Anleihe bei Ihrem ehemaligen Ministerpräsidenten von Niedersachsen. Das werde ich Ihnen alles zitieren und gedruckt zuschicken, damit Sie wissen, was gesagt worden ist zur Finanzierung des Bundes und zur Verpflichtung beispielsweise, die wahnsinnigen Sozialhilfeausgaben auch mit Hilfe - -

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Die alten Länder?)

- Nein, die Nachhilfestunde nehmen wir noch, nur heute nicht. Heute wollen wir ja nur ganz kurz reden.

(Unruhe)

Ich möchte hier zur Sache kommen.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Wir wollen doch nur die inhaltlichen Fragen geklärt haben. - Zuruf des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU] - Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das sind alle die, die kein Heim haben. - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Herrschaften, wir wollen Herrn Kollegen Apostel zuhören.

Abgeordneter Apostel (SPD): Ja, das ist die freundliche Art und Weise der Kollegen, die meinen, sie hätten die Möglichkeit, Dinge zu behaupten und zum Ausdruck zu bringen, daß man hier nicht über Finanzen reden kann. Ich rede hier in der Form von Eigenverantwortlichkeit für den Wissenschaftsbereich genau mit der gleichen Berechtigung von Finanzen. Von daher, denke ich, sollten wir uns einen Moment gegenseitig zuhören.

Die Beratungen im Wissenschaftsausschuß erbrachten also eine Verbesserung von 1 Million DM im Bereich

(A) (Abgeordneter Apostel [SPD])

der Barausgaben. Stellen Sie sich das einmal vor.

(Beifall bei der CDU)

- Ja, es ist ganz gut, daß Sie das beklatschen. Was bringt das zum Ausdruck? Den Mangel unserer Phantasie oder die Notwendigkeit, mit den Geldmengen, die zur Verfügung stehen, praktisch das Aufgabenfeld Wissenschaft zu belegen?

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ihre Politik bringt das zum Ausdruck.)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie zu dem Schluß kommen - ich habe es ja vorhin schon gesagt -, wir hätten keine anderen Möglichkeiten gesehen, Geld auszugeben - die haben wir schon gesehen. Nur: Die Deckungsvorschläge, die von Ihnen vorgetragen worden sind, waren nicht zu akzeptieren. Außerdem haben wir im Haushalt eine zahlenmäßige Verbesserung von rund 260 Millionen DM stehen, deren Auswirkung man ein bißchen abwarten muß. Es kann nicht immer nur gesagt werden: Nur neues Geld muß her. Wenn man schon 260 Millionen DM effektive Verbesserungen im Haushalt stehen hat, dann wollen wir auch einmal auf die Entwicklung warten.

(B) (Abgeordneter Schauerte [CDU]: Neue Männer und neue Frauen und neues Geld - das ist der Punkt!)

Ich möchte neben diesen 256 Millionen DM Verbesserungen darauf hinweisen, daß auch die Kostenerweiterungen, die 314 Millionen DM, ebenfalls im Haushalt stehen, also insgesamt 570 Millionen DM.

Nennenswert sind für mich einige Einzelpositionen, nämlich die Titelgruppe 94; darauf hat gerade Herr Kollege Dr. Posdorf hingewiesen, daß sich das alles nicht verändert. 1991 Mehrausgaben von 34 Millionen DM - immerhin ein Betrag von 12 %! Das ist schon einmal eine Größenordnung, wo man nicht mehr so ohne weiteres sagen kann, das wäre keine Verbesserung.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Posdorf [CDU])

- Ach, Hochschulsonderprogramm II? Das ist ebenfalls eine Verbesserung, die zwar auch vom Bund finanziert wird, aber die muß erst einmal vom Land

finanziert werden. Also, auch da gibt es eine erhebliche Verbesserung, ebenso beim BAföG. Bei den 110 Millionen DM BAföG kann man sich zwar auf den Standpunkt stellen, auch hier finanziert der Bund mit, aber auch die 40 Millionen DM, die aus dem Landeshaushalt finanziert werden müssen, muß man erst einmal in Bewegung setzen und zusätzlich zur Verfügung stellen.

Für die Verbesserungen in der Lehre, die Sie ja prinzipiell ablehnen, sind ebenfalls 9,5 Millionen DM da.

Ein anderes Feld, das man nicht ohne weiteres im Wissenschaftsetat vermutet und das von Ihnen jedenfalls im Ausschuß noch nie kritisiert worden ist, sind die Medizinischen Einrichtungen. Hierfür müssen wir rund 850 Millionen DM Ausgaben tätigen. Allein in diesem Bereich wird der Zuschuß um 63,4 Millionen DM erhöht. Auch dieses Geld muß erst bewegt werden, da kann man nicht einfach sagen: Für 30 Millionen wollen wir hier, für 30 Millionen wollen wir da etwas verbessern; die Notwendigkeiten müssen abgedeckt sein.

Für die Einzelforschungsförderung gibt es eine Verbesserung von 10 Millionen DM. Hierin sind die "Arbeitsgemeinschaft Solar", die ja auch Sie begrüßt haben, und eine Verbesserung des Studentenwohnheimbaus in Höhe von 29 Millionen DM enthalten. Auch da finanziert der Bund mit -

(Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU] nickt.)

selbstverständlich! Nur ist hier auch das Geld des Landes erforderlich, um die 29 Millionen DM echt in Baumassee umsetzen zu können. Insgesamt sind in diesen Einzelpositionen 273 Millionen DM, für Personalkostenanpassung 233 Millionen DM und für Sachkostenanpassung 63 Millionen DM.

Angesichts der Tatsache, daß, wie Sie gerade selbst gesagt haben, etwa 7 Milliarden DM ausgegeben werden sollen, wäre die Frage: Welche Alternativen bestünden denn, um 100 Millionen oder 200 Millionen DM mehr, wie das gewünscht wird, an der einen oder anderen oder an allen Stellen auszugeben? Der eine Weg wäre, die Neuverschuldung zu vergrößern, der andere Weg wäre, in irgendwelchen Bereichen kein Geld mehr auszugeben und es in die Wissenschaft hinüberzuziehen.

(C)

(D)

(A) (Abgeordneter Apostel [SPD])

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Sehr richtig! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Bei allen Einzelplanberatungen, die ich heute verfolgt habe, wollte jeder nur mehr ausgeben. Von daher, denke ich, ist es einfach nicht sinnvoll, wenn wir uns nur gegenseitig vorwerfen, wir seien nicht in der Lage, die Ausgaben der Studentenentwicklung entsprechend zu steigern; möglicherweise sind wir das zur Zeit nicht. Wenn wir die Einnahmeverbesserungen nicht hinkriegen, werden wir das vielleicht nie erreichen. Vielleicht wird es aber auch dahin kommen, daß die Länder gemeinsam mit dem Bund die Neuverteilung der Finanzmasse so regeln, daß sie wieder handlungsfähig sind und die notwendigen Verbesserungen im Wissenschaftsetat vornehmen können.

Ich muß noch einmal auf folgendes hinweisen: Sowohl die F.D.P. als auch die GRÜNEN und die CDU haben zur heutigen Beratung zusätzlich zu der Beratungsgrundlage, die vom Finanzausschuß vorgelegt worden ist, noch einmal eine Reihe von Anträgen gestellt. Wir lehnen diese Anträge ab, und zwar nicht deshalb, weil wir sie für unsinnig halten, sondern weil wir keine Finanzierungsmöglichkeiten für die Anträge erkennen. - Schönen Dank!

(B)

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Wir haben aber Vorschläge dabei!)

- Aber keine realen Finanzierungen!

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Schultz-Tornau von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Daß Herr Kollege Posdorf hier "Antigone" gebracht hat, das war mir schon sympathisch, vor allen Dingen, weil sich Antigone in diesem Drama gegen Kreons Gesetz entscheidet.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das hört Frau Brunn zum ersten Mal!)

(C)

Frau Ministerin, ich hoffe, dies bewegen Sie in Ihrem Herzen und Sie überlegen, ob Sie Antigones Beispiel nachfolgen. Über die Folgen für Antigone wollen wir hier allerdings nicht weiter miteinander sprechen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich habe bereits heute morgen etwas zu dem Gesamtkontext gesagt. Unsere Tragödie ist ja nun wirklich, daß die Nöte, die den Wissenschaftshaushalt betreffen, gerade heute, da wir uns durch die deutsch-deutschen Sparzwänge in einem besonderen Wellental befinden - das gilt auch für den Landeshaushalt - leicht aus dem Blick geraten. Was die Zahl der Studierenden anlangt, hatten wir bereits 1980 ein Hochplateau erreicht. Wir erinnern uns alle daran, daß das Bundesverfassungsgericht damals gesagt hat, die Hochschulen seien verpflichtet, ihre Kapazitäten bis zum Äußersten auszuschöpfen, und daß in diesem Kontext gesagt wurde, das sei auch zumutbar, weil ja Licht am Ende des Tunnels erkennbar sei.

Man ging also von sinkenden Studentenzahlen aus. Wir wissen, daß sich diese Annahme nicht bewahrt hat, daß wir von 1980, vom Hochplateau an, bis heute noch einmal eine Steigerung um fast 50 % erleben mußten. Wenn wir die Mittel, die für den Hochschulbereich eingesetzt worden sind, dagegen setzen, sehen wir, daß heute gerade an unseren Universitäten und Gesamthochschulen für fast 50 % mehr Studenten weniger Personal als 1980 zur Verfügung steht. Das bedeutet eben nicht nur, daß die Qualität der Lehre abstrakt schwächer geworden ist, und da ändert auch ein 12-Millionen-Programm nichts - auch wenn dieses von uns und von den Hochschulen positiv bewertet wird. Wir haben bis heute, soweit ich unterrichtet bin, 400 Anträge, wenn diese auch um ein Vielfaches überzeichnet sind. Mit dem 12-Millionen-Programm kann man das Problem, das in der mangelnden Betreuungsrelation liegt, aber natürlich nicht lösen.

(D)

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Posdorf [CDU])

Das ist ein Ausschnitt, in dem nette und auch wichtige Ansätze vorkommen, aber das Grundproblem bleibt ungelöst. Das bedeutet, daß viele junge Menschen wegen der mangelnden Betreuungsrelation in ihrem Studium scheitern. Sowohl in den Universitäten

(A) (Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]

als insbesondere auch in den Fachhochschulen hören wir immer wieder: Wir könnten mehr junge Menschen zu einem Abschluß führen, wenn wir die Gelegenheit hätten, uns um sie zu kümmern. Das hat nicht nur etwas mit Wissenschaft und Forschung, sondern auch etwas mit sozialer Dimension zu tun.

Man muß darüber nachdenken, ob die Tatsache, daß junge Menschen scheitern, weil wir sie nicht vernünftig betreuen können, denen wir die Existenz nehmen und die seelische Schäden davontragen, nicht auch zum Thema Sozialpolitik gehören. Die vielbeschworene soziale Kälte - sie drückt sich auch in solchen Dingen aus.

(Zustimmung der Abgeordneten Paus [Detmold] und Dr. Posdorf [CDU])

Das muß man nüchtern sehen.

Wir haben nur beispielhaft Anträge zu Themen noch einmal aufgenommen, in denen wir besondere Defizite sehen. Wir beraten sie unter dem Stichwort "Haushaltsgesetz".

(B) Im Bereich der baulichen Mittel ist eben von den Kliniken die Rede gewesen. Auch Sie, Herr Kollege Apostel, wissen, wie schlimm es in manchen unserer Kliniken, wo wir nichts tun, aussieht. Ich erinnere an die Zahnklinik in Düsseldorf.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Die geht auf dem Zahnfleisch!)

Ich habe zu meiner Erschütterung gesehen, wie es da bröckelt. Ein schlimmer Zustand! Anderswo sieht es ebenfalls so aus. Wir wissen, wie es in Bochum jetzt langsam aussieht, in welchem baulichen Zustand sich die vor 20 Jahren gegründeten Hochschulen befinden und was wir im Bereich der Fachhochschulen an zusätzlichen Aufwendungen brauchten.

Deswegen haben wir hier ein Signal setzen wollen, indem wir gesagt haben: Wir wollen hier mittelfristig ein verläßliches Investitionsprogramm für unsere Hochschulen auf einem höheren Niveau haben, als das heute der Fall ist.

Das, was ich eben mit Betreuungsrelationen und ungenügender Betreuung angesprochen habe, haben

(C)

wir an einem Punkt festgemacht, wo sich die Situation besonders eklatant verschärft hat, nämlich im Bereich der Laboringenieure an unseren Fachhochschulen, wo wir im Losverfahren jungen Menschen zumuten, entweder zu den Gewinnern oder zu den Verlierern zu gehören mit der Folge, daß ihnen ein Jahr verlorenght. Das ist ein besonders bedrückender Zustand, aber leider symptomatisch für insgesamt ungenügende Verhältnisse im Bereich der Lehre.

Der dritte Punkt ist, daß wir meinen, daß man nicht nur den Status quo verwalten darf, sondern schauen muß, wo wir neu, innovativ tätig werden müssen. Darauf bezieht sich unser Antrag, etwas für die Fachhochschulabteilung in Bocholt zu tun - auch das sozusagen symbolisch für all das, was wir an Innovationskraft in unserem Hochschulbereich benötigen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wo sind denn die Anträge?)

- Die Anträge stehen alle unter dem Haushaltsgesetz, Herr Kollege Dr. Vesper, nicht unter dem Einzelplan 06. Ich habe auch suchen müssen. Weil wir das in einem Gesamtantrag zusammengefaßt haben und weil die Investitionsmittel über mehrere Jahre gehen, betrifft das Verpflichtungsermächtigungen - so habe ich mir das erläutern lassen; ich bin da auch kein Fachmann -, und deswegen werden die Anträge beim Haushaltsgesetz und nicht beim Einzelplan 06 zur Abstimmung gestellt.

(D)

Einen Punkt möchte ich hier noch ansprechen und zu bedenken geben, ob da nicht doch noch etwas bis zur dritten Lesung geschehen kann. Das ist das ganz schlimme Thema der neunmonatigen Besetzungssperre auch an unseren Hochschulen. Mir ist gestern von einem Rektor einer wissenschaftlichen Hochschule in Nordrhein-Westfalen gesagt worden: Alles andere ist schon schlimm, aber das ist nun wirklich - so wörtlich aus seiner Sicht - Sabotage an unseren Hochschulen. Er hat das damit begründet, daß die Fluktuation gerade an den Hochschulen - das wissen wir ja alle - besonders hoch ist. Und vieles von dem, was wir gegenüber anderen Haushaltspositionen mehr an Steigerungsraten haben, wird dadurch aufgefangen, daß wir hier besondere Situationen des Inanspruchgenommenwerdens gerade durch die neunmonatige Besetzungssperre haben.



(A) (Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]

Wenn das Kabinett die Besetzungssperre im Einzelfall wieder aufheben kann und dazu ein langwieriges Antragsverfahren in Gang gesetzt wird, hat das zur Folge - wie wir das gerade heute noch einmal im Falle eines Professors für Wasserwirtschaft in Siegen auf den Tisch bekommen haben -, daß zu befürchten steht, daß dieser Mann erst gar nicht kommt, wenn er feststellen muß, daß das Monate - mit ungewissem Ausgang - dauern kann. Niemand weiß, ob dann die neunmonatige Besetzungssperre aufgehoben wird. Das ist wirklich ein Unrecht, ein Sonderopfer, das wir unseren Hochschulen zumuten.

Ich möchte Ihnen diesen Punkt noch einmal ganz konkret ans Herz legen: daß wir hier vielleicht doch bis zur dritten Lesung zu einer Änderung kommen, weil ich nicht an bewußte Sabotage glaube, sondern weiterhin davon ausgehe, daß dieser Punkt beim Herrn Finanzminister vielleicht nicht ganz so durchdacht worden ist und deshalb hier noch die Chance der Läuterung besteht und wir wenigstens da ein Zeichen setzen können, daß wir es mit unseren Hochschulen gutmeinen.

(Beifall bei der F.D.P.)

(B) Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Dr. Vesper für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon spät, und es wird bei der Beratung dieses Haushalts sicherlich noch später werden. Deshalb will ich uns und mir zu viele Wiederholungen ersparen. Wir haben an dieser Stelle ja auch schon des öfteren über die Hochschulpolitik und die Wissenschaftspolitik debattiert, leider ohne daß sich bislang - jedenfalls aus unserer Sicht - Wesentliches zum Besseren gewendet hätte. Aber einige Anmerkungen will ich doch noch machen.

Herr Apostel, nirgendwo steht geschrieben, daß Deckungsvorschläge für Mehrausgaben aus demselben Einzelplan kommen müssen. Das wäre ein Grundsatz, den ich nicht kenne. Selbstverständlich ist es jeder Fraktion völlig unbenommen vorzuschlagen, eine Umschichtung zwischen Einzelplänen vorzunehmen.

Und da muß man ja nun wirklich feststellen, daß die Wissenschaftspolitik eine der wichtigsten Kernaufgaben der Landespolitik ist. Wir schlagen vor, diese Kernaufgabe besser und sachgerechter als bisher auszustatten, und das ausdrücklich auch zu Lasten anderer Einzelpläne. Es ist wirklich eine Scheindiskussion zu sagen, daß man Deckungsvorschläge für Vorschläge auf Mehrausgaben immer aus demselben Einzelplan herausziehen muß. Das kann nicht sein; denn sonst wären wir hier wirklich ein Kasperletheater.

(Zuruf von der F.D.P.: Geld ist Geld!)

- Geld ist Geld, ganz genau! - Wir haben uns ganz bewußt bemüht, die Deckungsvorschläge in den verschiedenen Einzelplänen so aufeinander abzustimmen, daß unten Null steht.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sie haben die Steuern erhöht!)

- Wir wollen nicht die Steuern erhöhen. Wir haben vorgeschlagen, ökologisch begründete Abgaben einzuführen, und dazu stehen wir. Wir halten das für politisch sinnvoll. Daß das dann zu Mehreinnahmen führt, ist ein gewollter Effekt.

(Zurufe von der SPD)

- Auch in 1991 würde das bereits zu Mehreinnahmen führen. Wenn wir im April Ökoabgaben beschließen würden, hätten wir noch im Jahre 1991 900 Millionen DM Mehreinnahmen im Lande.

Meine Damen und Herren, über den Zustand der Wissenschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen ist hier bereits mehrfach gesprochen worden. Ich glaube, daß wir uns da - vielleicht nicht hier im Plenum, wo jedes Wort protokolliert wird, aber sicherlich im kleineren Kreis - relativ einig sind - jedenfalls die Wissenschaftspolitiker und -politikerinnen -, daß überfüllte Hörsäle und Mensen, fehlende Labor- und Praktikumsplätze, endlos lange Wartezeiten bei der BAföG-Bewilligung, zuwenig bezahlbare Wohnungen ein Problem darstellen, das man kurz-, mittel- und langfristig angehen muß.

Die Zahlen des Wissenschaftshaushaltes, der immerhin steigen soll und der auch relativ weit oben in der

(C)

(D)

(A) (Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE])

Hitliste der Einzelpläne rangiert, könnten auf den ersten Blick darüber hinwegtäuschen, daß es im Endeffekt eben keine durchgreifenden Änderungen geben wird. Bei näherem Hinsehen fällt auf, daß weder bezüglich des Raumbedarfs noch im Personalbereich durchgreifende Verbesserungen eingeleitet worden sind.

Der von der Landesregierung vielfach herausgestellte Zuwachs an Personal wird an vielen Hochschulen durch die Umsetzung und Umwidmung von insgesamt 204 Stellen realisiert. Im Klartext bedeutet das: Die eine Hochschule muß Personal abgeben, dafür werden an einer anderen Hochschule zusätzliche Stellen eingerichtet. Die leidtragenden Fächer und Studiengänge kommen wie so oft - raten Sie mal - hauptsächlich aus dem Bereich der Geisteswissenschaften und der Lehramtsausbildung. Aus den sogenannten "weichen" Fächern wird genommen, in die "harten" technischen oder technokratischen Fächer wird gegeben.

Gewiß werden im Rahmen des Hochschulsonderprogramms II - was wir begrüßen - für die Hochschulen und insbesondere für die Fachhochschulen mehr Stellen realisiert. Man darf aber natürlich bei all dem, was ich heute morgen kritisch über Bonn gesagt habe, nicht darüber hinwegsehen, daß 60 % dieser Gelder aus Bundesmitteln stammen.

(B)

Bei den dringend notwendigen baulichen Maßnahmen sollen im Zuge des Sparprogramms die Bauerneuerungsmittel sogar noch um 25 % gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf gekürzt werden. Per saldo werden wohl nur zwei Drittel der im Haushaltsentwurf vorgesehenen Bauprojekte tatsächlich im Haushalt etatisiert.

Die schwierige Situation, in der sich die 13 Studentenwerke befinden, quittiert die Landesregierung neben mehr oder weniger kosmetischen Maßnahmen, wie zum Beispiel der Streichung von kw-Vermerken, durch eine Erhöhung der Sozialbeiträge der Studierenden. Wir haben in der vergangenen Woche schon festgestellt, daß das ein ganz schlechter Stil ist: zuerst die Belastungen zu erhöhen und dann über Strukturverbesserungen und Strukturveränderungen nachzudenken.

(C)

Es spricht für sich, daß die Maßnahmen zur Förderung von Frauen im Hochschulbereich im Haushaltsentwurf mit kümmerlichen 100 000 DM bedacht worden sind. Wir schlagen Ihnen in einem unserer Anträge vor, diesen Etatansatz um 2,9 Millionen auf die ursprünglich beabsichtigten 3 Millionen DM zu erhöhen. Das wäre doch einmal etwas, Herr Schultz-Tornau, wo die F.D.P., die ja das Frauenministerium abschaffen will, andererseits hier, wo es konkret wird, für die Frauenförderung etwas tun könnte.

Ich denke, diese Beispiele sind deutlich genug, um zu zeigen, daß allen Sonntagsreden zum Trotz für die Hochschulen und die Studierenden nicht mit durchgreifenden strukturellen Verbesserungen zu rechnen ist. Es werden wieder nur die größten Löcher gestopft in der Hoffnung, daß das wacklige Gebäude nicht ganz zusammenbricht.

Die Beschlüsse, die im Wissenschaftsausschuß getroffen worden sind, bedeuten keine generelle Abkehr von der Flickschusterei im Einzelplan. Die Anträge der SPD, die Ihnen als Beschlußlage vorliegen, ändern an der Stoßrichtung des Regierungsentwurfs erwartungsgemäß kaum etwas. Wir begrüßen es zwar - um ein Beispiel zu nennen -, daß wenigstens die Kürzung von 15 Stellen nach der Gefahrstoffverordnung zurückgenommen und daß die frauenfördernden Maßnahmen im Hochschulbereich geringfügig aufgestockt wurden, doch die Deckungsvorschläge sprechen wieder eine andere Sprache. Da werden unter anderem aus dem vielgepriesenen Modellprogramm für Qualitätsverbesserung der Lehre zweieinhalb Millionen herausgekürzt. Auch die Mittel, die explizit in den Haushalten der einzelnen Hochschulen als Ausgaben für Lehre und Forschung ausgewiesen sind, müssen zur Deckung anderer Titel des Landeshaushalts herhalten.

(D)

Unserer Meinung nach ist es möglich, im Wissenschafts- und Forschungsbereich stärker Prioritäten zu setzen, ohne die Neuverschuldung zu erhöhen; dabei sollen auch die Mittel der Einzelpläne teilweise umgeschichtet werden. Innerhalb des Einzelplans 06 ist es möglich, bei der Forschungsförderung eine Aufgabenkritik vorzunehmen und dort zu Einsparungen in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe zu kommen. Was brauchen wir denn einen Transschallwindkanal

(A) (Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE])

oder ein Astronautentrainingszentrum oder ein Mikrogravitations-Nutzerzentrum? Das sind alles Großforschungsprojekte, in die das Land Nordrhein-Westfalen zweistellige Millionenbeträge hineinsteckt. Meines Erachtens gibt es wichtigere Bereiche, in denen wir Forschung und Lehre fördern müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gilt natürlich auch für die mit erheblichen Mitteln geförderte gentechnologische Forschung und Entwicklung.

Umgekehrt scheut sich die Landesregierung bei ihrer Suche nach Einsparmöglichkeiten nicht, einen Haushaltstitel "Fördermaßnahmen für Studenten", der gerade 1,6 Millionen DM umfaßt, auch noch um 350 000 DM zu kürzen. Aus diesem Titel - eben haben wir über behinderte Schüler und Schülerinnen gesprochen - werden übrigens auch Maßnahmen zur Förderung behinderter Studierender finanziert.

(B)

Unsere Anträge liegen Ihnen im einzelnen vor. In der Anlage 1 beantragen wir die schon erwähnten Maßnahmen zur Förderung der Frauen im Hochschulbereich. In der Anlage 2 geht es darum, die Fachhochschulen zu stärken. Herr Posdorf und auch Herr Schultz-Tornau haben darauf schon im einzelnen hingewiesen: Das ist wirklich ein Schwerpunkt, den wir uns alle für die kommenden vier Jahre setzen sollten, daß nämlich die Fachhochschulen stärker gefördert werden.

Unser dritter Antrag betrifft die Hilfskraftmittel. Im Moment zeigt sich in den Hochschulen, daß dort, wo immer Mittelknappheit, wo immer Engpässe auftreten, als erstes universitätsintern die Mittel für die Hilfskräfte gekürzt werden, weil das ein sogenannter weicher Titel ist, der mit anderen Verwaltungsaufgaben deckungsfähig ist. Wir schlagen vor, zusätzlich einen Vermerk im Haushaltsplan auszubringen "Dieser Titel ist nicht mit anderen sächlichen Verwaltungsausgaben deckungsfähig", um die Hochschulen und mittelbar auch die Landesregierung zu verpflichten, Hilfskraftmittel für das einzusetzen, für das sie gedacht sind, nämlich für Tutorenprogramme und für die Unterstützung von Studierenden.

(C)

Unser vierter Antrag befaßt sich mit der schon erwähnten Umsetzung der Gefahrstoffverordnung. Hier kann das Land in ganz peinliche rechtliche Situationen kommen. Wenn die Gefahrstoffverordnung aufgrund Personalmangels mißachtet wird, kann dies dazu führen, daß das Land umfangreiche Schadenersatzprozesse zu gewärtigen hat. Deswegen meinen wir, 15 zusätzliche Stellen seien zuwenig. Wir fordern als Minimum 30 neue Stellen, die ursprünglich ja auch von der Landesregierung eingestellt waren.

Schließlich und endlich befaßt sich der fünfte Antrag mit dem Neubau einer onkologischen Station an der Universitätskinderklinik in Köln. Meine Damen und Herren, man muß wirklich zu dem Schluß kommen, daß es ein Armutszeugnis einer Wohlstandsgesellschaft ist, wenn man sich ansieht, in welchen räumlich völlig unzumutbaren Bedingungen krebskranke Kinder in der Universitätsklinik versorgt werden müssen.

(Beifall bei GRÜNEN und CDU)

Es gibt keinerlei Unterbringungsmöglichkeit für die Eltern. Ich glaube, wir sind uns in dieser Analyse einig. Die Frau Ministerin hat die Station auch besucht. Aber wir können uns nicht damit abfinden, daß man die Bereitstellung der erforderlichen Mittel nun wieder auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschiebt. Hier muß sofort zu planen und zu bauen angefangen werden. (D)

(Beifall bei GRÜNEN und CDU)

Dem dient unser Antrag Nr. 5.

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluß kommen. Aber eigentlich sollte ich so lange reden, bis Herr Wendzinski wieder hier ist. Er ist noch nicht anwesend. - Ach, dahinten sitzt er. Ich komme also zum Schluß.

(Zuruf von der CDU: Er war schon länger da! - Heiterkeit)

Für die Fraktion DIE GRÜNEN kann ich nur mein Bedauern darüber ausdrücken, daß sowohl die Landesregierung als auch die SPD-Fraktion trotz der

(A) (Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE])

offensichtlichen Probleme beim Einzelplan 06 zu nicht mehr als zu bloßem Krisenmanagement bereit ist. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf nunmehr der Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Frau Brunn, das Wort erteilen.

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kein Zweifel: Die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen sind überfüllt. Selbstverständlich auch kein Zweifel: Durch den starken Zuwachs von Studierenden haben wir in sehr vielen Bereichen Engpässe; das trifft in Nordrhein-Westfalen wie auch in anderen Bundesländern zu. Und auch kein Zweifel: Wir könnten sehr gut sehr viel mehr Geld ausgeben.

Wir wollen hier im Landtag keineswegs die Schwierigkeiten, die die Hochschulen haben, bemängeln; wir wollen auch keineswegs die Leistungen schmälern, die in den Hochschulen erbracht werden, um die Studierenden trotz der schwierigen Bedingungen vergleichsweise optimal auszubilden und gleichzeitig, was die Hochschulen in den letzten Jahren auch geleistet haben, einen erheblichen Beitrag zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung, wie wir es nennen, zur regionalen Stärkung dort zu erbringen, wo die Regionen von erheblichen Umstrukturierungsproblemen betroffen sind.

Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren von der Opposition, müssen Sie natürlich auch sehen, daß kein Einzelplan in diesem Haushalt eine vergleichsweise hohe Zuwachsrate hat wie der Wissenschaftshaushalt. Selbst wenn Sie die BAföG-Mittel, die einen großen Batzen bei der Erhöhung ausmachen, abziehen, haben wir immer noch eine deutlich überdurchschnittliche Zuwachsrate im Vergleich zu anderen Haushalten.

Das heißt, die Landesregierung hat mit Schmerzen, weil das Geld natürlich auch an anderer Stelle benötigt wird, den Hochschulbereich überdurchschnittlich bedacht, und das wirkt sich bereits deutlich aus. Wir haben vor allen Dingen in den Fachhochschulen einen

Schwerpunktzuwachs, sowohl im Rahmen des Hochschulsonderprogramms II als auch im Rahmen der ausschließlichen Landesausgaben. Die Sachmittel für die Fachhochschulen steigen immerhin um 33 %. Darüber sind die Fachhochschulen nachhaltig froh, und sie spüren die Erhöhung auch. Das ist nur ein Beispiel; ich will nicht alle Beispiele aufzählen.

Natürlich möchte man mehr. Nur: Auch wir konnten uns nicht entziehen, wegen der Notwendigkeit der Kürzungsmaßnahmen zugunsten der Mittel für die deutsche Einigung auch im Hochschulbereich einen Beitrag zu erbringen. Ich finde es besonders bitter, daß die Stellenbesetzungssperre wieder eingeführt worden ist; Herr Kollege Schultz-Tornau, darin stimme ich Ihnen zu. Die Wiederbesetzungssperre trifft die Hochschulen wegen der hohen Personalfuktuation überdurchschnittlich stark. Mir wäre es lieber gewesen, man wäre nicht stellenscharf, sondern summenscharf vorgegangen, daß man eine bestimmte Summe erwirtschaften könnte. Nur, das war aus Gründen der Systematik nicht möglich.

Allerdings hat uns der Finanzminister zugesagt, in unserem Bereich mit besonderen Ausnahmen operieren zu können. Der gesamte Medizinbereich ist wegen der Pflege wiederum ausgenommen, ebenso sind es alle über 100 % ausgelasteten Studiengänge. Dies sind wegen der starken Zunahme der Zahl der Studierenden sehr viel mehr, als es noch vor ein, zwei Jahren gewesen sind. Keines der neuen Programme ist betroffen, so daß die Sperre zwar immer noch sehr schmerzhaft, aber dennoch in gewissem Maße eingegrenzt ist.

Wenn ich mir einen Wunsch zu äußern erlauben darf, dann den, daß die Landesregierung in der Lage sein wird, die Stellenbesetzungssperre möglichst schnell wieder abzuschaffen.

(Allgemeiner Beifall)

Aber das hängt von den gesamten Rahmenbedingungen und nicht allein vom Wissenschaftsbereich ab.

Auch wir mußten die Realisierung bestimmter Bauten schieben. Aber man darf nicht übersehen, daß fast ausschließlich nur noch im Wissenschaftsbereich landeseigene Bauten errichtet werden und daß dabei die Klinikbauten wiederum einen besonderen Schwer-

(C)

(D)

(A) (Ministerin Brunn)

punkt darstellen: die Universitätskliniken, die Kinderklinik Düsseldorf, die operativen Einrichtungen in Bonn, um nur einige Beispiele zu nennen. Es ist ganz besonders wichtig, daß wir all diese Maßnahmen fortführen können. Das bedarf einer großen Anstrengung und ist von hohem Interesse.

Sie haben gesagt, Herr Dr. Vesper - das ist wohl nicht nur der Wille Ihrer Fraktion, sondern aller Fraktionen und auch der Landesregierung -, daß Sie sich für die Errichtung eines Anbaus für die Kinderonkologie an der Kinderklinik in Köln einsetzen wollen. Hierzu ist festzustellen, daß dies die Landesregierung, sobald dieses Thema von Köln aus formuliert wurde, in den 21. Rahmenplan zum Ausbau der Hochschulen nach dem Hochschulbauförderungsgesetz aufgenommen hat. Es sind auch entsprechende Planungsmittel vorgesehen. Der Haushalts- und Finanzausschuß hat dankenswerterweise auch Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht, so daß, wenn überhaupt Aufträge bereits in diesem Jahr vergeben werden können - was angesichts des Planungsfortschritts und des Reifestadiums nicht besonders wahrscheinlich ist -, die Aufträge vergeben werden können. Der notwendige Bau dort scheitert also nicht an Geldmangel.

(B) Meine Damen und Herren! Herr Kollege Vesper, deshalb würde Ihr Antrag, an dieser Stelle aktuell mehr Geld in den Haushalt hineinzubringen, nicht bewirken, daß das Ganze schneller gebaut wird, weil jetzt einfach die Dringlichkeit besteht, den Planungsvorgang

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

und den Klärungsvorgang in der Klinik selbst zu beschleunigen. Die Mittel dafür - sowohl in diesem Jahr als auch bereits in Form von Verpflichtungsermächtigungen für das nächste Jahr - sind im Haushaltsplan vorhanden. Wir könnten das Geld gar nicht ausgeben.

Allerdings will ich Ihnen auch sagen: Mich bedrückt in diesem Fall, daß innerhalb der Klinik noch die kurzfristige Abhilfemaßnahme, die dort geschaffen werden soll, diskutiert wird. Das muß in der Hochschule selbst noch beschleunigt geplant werden. Deshalb hoffen wir, dort in den nächsten Wochen Druck machen zu können, daß die Planungsunterlagen vor-

(C)

gelegt werden. Denn wenn sie keine Unterlagen liefern, kann man nicht nur nicht weiter planen, sondern dann kann man auch kein Geld ausgeben.

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schauerte?

(Ministerin Brunn: Ja, gerne!)

Abgeordneter Schauerte [CDU]: Frau Ministerin, ich möchte noch einmal auf die Kinderklinik in Köln zurückkommen. Wollten Sie mit dem, was Sie gesagt haben, erklären, daß Sie es ausschließen, daß es dort schneller vorangehen könnte, wenn man mehr Geld hätte?

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn<sup>7</sup>: In diesem Fall ja. Was den Anbau für die Kinderonkologie betrifft, so ist es nach meinem Kenntnisstand - ich habe mich bemüht, mich so genau wie möglich selbst kundig zu machen - nicht möglich, in diesem Jahr mehr Geld für den Anbau auszugeben, der ja noch völlig neu geplant und dieses Jahr in den 21. Rahmenplan aufgenommen werden muß. Die Planungsunterlagen müssen alle noch völlig neu erstellt werden. (D)

Ich denke aber, wir sollten wirklich Druck machen, damit das Ganze so schnell wie möglich umgesetzt wird. Ich habe mich selbst davon überzeugen können, daß die Zustände dort für die betroffenen Eltern und vor allem für die betroffenen Kinder und auch das Pflegepersonal schwer zu ertragen sind.

Meine Damen und Herren, ich möchte in dem Zusammenhang auch noch sagen, daß mir daran liegt, daß die kurzfristige Abhilfe durch den Ausbau des Dachgeschosses,

(Fortgesetzte Unruhe - Glocke der Präsidenten)

die sich ja bereits im Haushaltsplanentwurf befindet, auch vorangetrieben wird, weil der Anbau mit Sicherheit wegen der bekannten Umstände auch nicht in zwei Jahren zu erstellen ist. Wir haben diese Erfah-

(A) (Ministerin Brunn)

rung ja auch mit der Kinderklinik in Düsseldorf gemacht.

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Arentz?

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn?: Lassen Sie mich bitte zuerst meinen Gedanken zu Ende führen. Den kurzfristig möglichen Ausbau des Dachgeschosses zu blockieren würde bedeuten, daß jede Abhilfe für die Betroffenen erst in drei oder vier Jahren wirksam wird. Das kann man wirklich nicht zumuten. Deshalb muß man hier sowohl die kurzfristige Hilfe anbieten als auch den Anbau beschleunigen.

Vizepräsident Dr. Klose: Zunächst hat Herr Arentz und anschließend Herr Dautzenberg noch eine Zwischenfrage.

Abgeordneter Arentz (CDU): Frau Ministerin, können Sie uns denn zusichern, daß die Planungen, nachdem Sie das Geld im diesjährigen Haushalt erhalten haben, mit einem solchen Tempo vorangetrieben werden, daß dieser Landtag für den 92er Haushalt Baumittel zum Neubau einer Kinderklinik beschließen kann?

(B)

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn?: Ja! - Herr Kollege Dautzenberg wollte auch noch eine Frage stellen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dautzenberg, wollen Sie Ihre Frage gleich mit einbringen?

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Damit hat sich meine Frage erübrigt.)

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn?: Wunderbar. - Ich bemühte mich gerade, Ihnen darzulegen, daß es mein Ziel ist, genau dies zu erreichen. Das hängt eben entscheidend nicht von Mitteln ab, sondern vom Planungsvorgang selbst, den

(C)

wir uns bemühen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu beschleunigen.

Meine Damen und Herren, Sie hatten noch eine Reihe von Anträgen gestellt; die GRÜNEN insbesondere im Hinblick auf mehr Mittel für studentische Hilfskräfte, für die Frauenförderung, für die Titelgruppe 94. Das ist alles durchaus wünschenswert. Aber ich denke, daß das genau die Bereiche sind, in denen wir bereits in diesem Haushalt einen Akzent gesetzt haben.

Deshalb - so wünschenswert es ist - meine ich, daß man darauf doch verzichten muß.

Ich möchte aber noch auf einen Punkt hinweisen.

(Fortgesetzte Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Entschuldigen Sie, daß ich Sie noch einmal unterbrechen muß, Frau Ministerin. - Ich bitte wirklich um Ihre Aufmerksamkeit. Stellen Sie doch für ein paar Minuten diese Murmelei ein.

(D)

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn?: Ich denke, meine Aufmerksamkeit ist gegeben.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Klose: Sie murmeln ja auch nicht!

(Erneute Heiterkeit)

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn?: Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre zusätzliche Aufmerksamkeit, und ich danke Ihnen, Herr Präsident, dafür, daß Sie mir diese Aufmerksamkeit verschafft haben.

Ich wollte eigentlich nur noch auf zwei Punkte hinweisen: Herr Kollege Schultz-Tornau hat aus eigener Erfahrung angemerkt, daß es in der Zahnklinik in Düsseldorf nicht gut aussieht. Im Haushalt sind aber

(A) (Ministerin Brunn)

Planungsmittel ausgebracht worden. Das heißt: Hier ist auch ein Abstellen in Gang gebracht worden.

Herr Kollege Vesper von den GRÜNEN hat gesagt, daß die Baumaßnahmen um 25 % gekürzt worden seien. Das könnte mißverständlich sein. Es gibt nämlich auch Leute, die solche Protokolle nachlesen. Es sind vielmehr die Mittel für die Bauerneuerung um 25 % gekürzt worden, so daß dort ein Großteil der Maßnahmen nicht durchgeführt werden kann, was uns weh tut.

Es geht aber nicht um die Bautitel, die im Etat aufgeführt sind. Das heißt: Alles was dort ausgewiesen ist, kann auch im entsprechenden Umfang durchgeführt werden. Insbesondere der Fachhochschulbereich und der Klinikbereich sind besonders wichtig. Das gilt ebenso für die Vorbereitung im Bereich der Hörsäle in Dortmund, Paderborn und Siegen. Auch darauf möchte ich hinweisen.

Meine Damen und Herren, die Hochschulen werden es dem Landtag danken, wenn er das, was im Haushalt steht, ungeschmälert beschließt. - Herzlichen Dank für Ihre teils geteilte und teils ungeteilte Aufmerksamkeit.

(B) (Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Zur Zeit liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich frage vorsorglich, ob noch jemand zu Einzelplan 06 das Wort ergreifen möchte.

(Zurufe: Nein!)

- Das ist nicht der Fall.

Wir haben über Änderungsanträge zu befinden. Da ist zunächst der Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1417, der fünf Anlagen enthält. Kollege Dr. Vesper hat beantragt, über die Antragsanlagen 1 bis 3, das sind "Frauenförderung an Hochschulen", "Räumliche Ausstattung der Hochschulen" und "Hilfskräfte an Hochschulen" gesondert von den beiden späteren Anträgen abstimmen zu lassen.

(C)

Ich frage zunächst: Wer den soeben genannten Einzelanträgen des Änderungsantrags der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1417 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge abgelehnt.

Ich komme zu den getrennten Abstimmungen, zunächst zu Anlage 4 der Drucksache 11/1417, Stichwort: **Gefahrstoffverordnung**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, das Handzeichen zu geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber sehr knapp!)

Ich rufe Anlage 5 der Drucksache 11/1417 auf, Stichwort: **onkologische Station Uni Köln**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Zuruf von der CDU: Wo ist Frau Brunn?)

Die Gegenprobe! -

(Oh-Rufe bei der CDU)

(D)

Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich komme nunmehr zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/1418, Stichwort: **Landesfachhochschulprogramm**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den gesamten Einzelplan 06. Wer der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/1106** seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlußempfehlung entsprochen, und der Einzelplan 06 hat die Zustimmung erhalten.

Ich rufe die Nummer 5 auf: